

Georg G. Iggers

## Geschichtswissenschaft und autoritärer Staat

### Ein deutsch-deutscher Vergleich

Ich möchte in diesem Aufsatz komparativ verfahren und nicht nur die Geschichtswissenschaft in der DDR mit der in der Bundesrepublik und beide mit der internationalen Forschung vergleichen, sondern auch mit der NS-Zeit und der Lage nach 1945. Dieser letztere Vergleich drängt sich auf, obwohl man den SED-Staat keineswegs mit dem NS-Staat gleichsetzen kann. Sie unterschieden sich nicht nur bedeutend in ihrer Ideologie, sondern auch in dem Spielraum, der in beiden Systemen für unabhängige Forschung und Meinungsäußerung übrigblieb. Ich möchte den Vergleich dennoch machen, da die Historiker in der ehemaligen DDR heute, nach dem Zusammenbruch des dortigen Systems, jene Frage stellen müssen, welche die gesamte deutsche Historikerschaft 1945 versäumt hat zu stellen: nämlich die Frage nach der wissenschaftlichen Integrität und Verantwortung der Historiker. Historiker im westlichen Teil der Bundesrepublik oder im westlichen Ausland, die doch von der Gnade der geographischen Geburt oder des Ortswechsels profitieren, machen es sich zu leicht, wenn sie die Historikerschaft in der ehemaligen DDR entweder pauschal verurteilen oder exkulpieren.

In der Ausübung der politischen Macht und der Auswirkung dieser Macht auf die Lehre und Forschung der Historiker sind beide Systeme ähnlich gewesen. Der Begriff ‚totalitär‘, der in der frühen Phase des Kalten Krieges so populär geworden ist, täuscht allerdings, nicht nur weil die beiden Systeme nicht identisch waren, sondern auch, weil weder das NS-Regime noch das SED-Regime totalitär im Sinn von Hannah Arendt oder Georg Orwell war, weil es in beiden große, wenn auch unterschiedliche Spielräume gab; Spielräume, in denen sich die Historiker, und damit meinen wir auch Historikerinnen, von denen es in der

DDR im Gegensatz zum NS-Deutschland eine beträchtliche Anzahl gab, dem Druck der Ideologie entziehen konnten. Weder im NS-Deutschland noch in der DDR waren oppositionelle Historiker an den Hochschulen oder Forschungsinstituten vertreten. Der Druck, Mitglied der Partei zu sein, war dabei in der DDR viel stärker als im Dritten Reich. Historiker, wie der namhafte, international anerkannte Wissenschaftler Karlheinz Blaschke, die unabhängige Positionen vertraten, fanden in der DDR keine Stellen an Universitäten oder an der Akademie. Im Dritten Reich wurden sie wie Franz Schnabel und Hermann Oncken in den Ruhestand geschickt oder in die Emigration gezwungen. Dieser Druck zur Konformität war den meisten Historikern jedoch kaum bewußt, weil sie sich – und das ist eine traurige Tatsache – ebenso wie der Großteil der Bevölkerung weitgehend mit dem Regime identifizierten, mehr als es in der DDR je der Fall war. Helmut Heiber<sup>1</sup> hat dokumentiert, wie es dem NS-Regime nicht gelang, über Walter Franks Reichsinstitut für die Geschichte des Neuen Deutschland die Historikerschaft gleichzuschalten. Aber das war, wie Karl-Ferdinand Werner<sup>2</sup> es am Beispiel der Mediävistik belegte, auch gar nicht nötig, weil sich trotz etwaiger innenpolitischer Differenzen der Konsens in der Ablehnung der Weimarer Republik und in der Forderung nach einer weitgehenden Revision der deutschen Grenzen als tragfähig erwies. Selbst Gerhard Ritter, der sich zur Opposition rechnete, Verbindung zum Goerdeler Kreis hatte und noch in den letzten Tagen des NS-Regimes inhaftiert wurde, konnte 1936 eine Biographie Friedrichs des Großen<sup>3</sup> herausgeben, die er nach 1945 als oppositionelles Werk bezeichnete.<sup>4</sup> Zur Zeit der Veröffentlichung wurde es allerdings, wie er in seinem Briefwechsel registrierte<sup>5</sup>, ganz anders gelesen. Selbst die Denkschrift, die Ritter im Januar 1943 für Goerdeler verfaßte, lehnte die Einführung einer De-

1 Helmut Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des Neuen Deutschland, Stuttgart 1966.

2 Karl-Ferdinand Werner, Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft, Stuttgart 1967.

3 Gerhard Ritter, Friedrich der Große. Ein historisches Profil, Leipzig 1936.

4 Brief an George P. Gooch, 27.11.1947, in: Klaus Schwabe u. Rolf Reichart, Hg., Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard am Rhein 1984, 444.

5 Brief an Hermann Oncken, 29.8.1936, in: Schwabe u. Reichart, Ritter, wie Anm. 4, 304.

mokratie in Nachkriegsdeutschland schroff ab und verlangte ein internationales Judenstatut.<sup>6</sup>

Die Reglementierung der Geschichtswissenschaft in der DDR war viel totaler, weil das Regime, trotz seiner Bemühungen, das nationale Erbe in Anspruch zu nehmen, von der Mehrheit der Bevölkerung immer als ein ihm aufgezwungener Fremdkörper betrachtet wurde. Die physischen Gefahren waren für den Abweichler im NS-Regime viel größer, wo Konzentrationslager und Hinrichtung drohten, die Kontrollen in der DDR weitgehender und der Alleinanspruch der offiziellen Ideologie ausgeprägter. Die alten ehrwürdigen Institutionen mit ihren Ordinarien, die weitgehend im Einklang mit dem Regime lebten, bestanden im Dritten Reich weiter; in der DDR kam es nach einer Übergangszeit Ende der fünfziger Jahre zu einem totalen Bruch, zum Monopol einer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft nach stalinistischem Muster.<sup>7</sup> Sie war durch den Rat für Geschichtswissenschaft eng an die Partei gebunden, streng zentralisiert und in ihren Möglichkeiten für Forschung und Lehre viel beschränkter als im Nationalsozialismus.

Die ersten Jahre nach 1945 bedeuteten für die Geschichtswissenschaft weder im westlichen noch im östlichen Teil des geteilten Deutschland einen vollkommenen Bruch mit ihren Traditionen, nur daß die Kontinuitäten auf beiden Seiten andere waren. Veränderungen personeller Art gab es im Westen wenige, wie Winfried Schulze in seiner Studie über die Lage in der Bundesrepublik sehr sorgfältig belegt hat.<sup>8</sup> Zu einer wirklichen Entnazifizierung ist es nicht gekommen, obwohl einige der vehementesten Vertreter der NS-Ideologie dauerhaft aus dem akademischen Bereich ausgeschlossen, und andere erst nach einigen Jahren rehabilitiert worden sind. Die neuen historiographischen Impulse in den fünfziger Jahren kamen von Historikern, Volkskundlern und Soziologen, die in der NS-Zeit, teilweise schon in der Weimarer Republik, versucht hatten, die dominierende staatszentrierte Geschichtsschreibung der nationalkonservativen

6 Denkschriften der „Freiburger Kreise“, in: Schwabe u. Reichart, Ritter, wie Anm. 4, 629–774, insbes. 769–774 („Vorschläge zur Lösung der Judenfrage in Deutschland“).

7 Günther Heydemann, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland*, Frankfurt am Main 1980. Zur genaueren Erforschung der Lage der Geschichtsschreibung in den letzten Tagen der DDR vgl. Alexander Fischer u. Günther Heydemann, Hg., *Geschichtswissenschaft in der DDR*, 2 Bde., Berlin (West) 1988–1990; vgl. auch: Georgi Verbeeck, *Kontinuität und Wandel in der DDR-Geschichtsschreibung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 9. März 1990, 30–42.

8 Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989.

Historiker durch eine meist völkisch orientierte Sozialgeschichte zu ergänzen.<sup>9</sup> Diese Form von Sozialgeschichte wurde natürlich nach 1945 von ihren rassistischen Komponenten gereinigt. Der eigentlich demokratisch gesinnte Flügel der Emigranten ist nach 1945 nicht zurückgekehrt.<sup>10</sup> Die Frage, wie Historiker, denen es, wie es bei den meisten der Fall war, gelungen war, sich unter den Nationalsozialisten zurechtzufinden, ihre wissenschaftliche Integrität bewahren konnten, wurde zwar nach 1945 kurz aufgeworfen, aber schon bald im Zuge des Kalten Krieges, des Wiederaufbaus und des konservativen Konsenses vergessen oder verdrängt. Der Übergang nach 1945 war noch nahtloser als 1933. 1933 ist es ja nach dem Gesetz „zum Schutz des Beamtentums“ zur Entlassung von Historikern gekommen.<sup>11</sup>

In der SBZ und später der DDR waren die Kontinuitäten anderer Art. Der personelle Bruch war total, die Umwandlung des Wissenschaftsbetriebs radikaler; die historiographischen und politischen Konzeptionen des klassisch preußischen Historismus wurden durch den Marxismus-Leninismus abgelöst. Was blieb, war eine Art Parteidiktatur, die in ihren Machtmechanismen eine große Ähnlichkeit zum Nationalsozialismus hatte, nur daß sie im Bereich der Wissenschaft viel deutlichere aktive Konformität verlangte, als es im Nationalsozialismus der Fall gewesen war, wo viele Wissenschaftler sich noch hatten durchlavieren können. Der von Walter Frank formulierte Begriff der „kämpfenden Wissenschaft“<sup>12</sup> fand im SED-Staat, für den Forschung und Lehre im Dienste der Partei standen, seine Parallele, nur daß der Anspruch der Partei, die Wissenschaft zu beherrschen, viel absoluter war als im Nationalsozialismus, wo die unheilige Allianz mit den wenig reformierten Hochschulen größere Nischen übrigließ.

Die wenig subtile Reglementierung der Geschichtswissenschaft in der DDR sollte aber nicht die Illusion erwecken, daß es an den Universitäten der Bundesrepublik vor 1960 einen wirklichen Pluralismus gab. Von der Entstehung

9 Vgl. Schulze, *Geschichtswissenschaft*, wie Anm. 8, Kap. 16: Von der „politischen Volksgeschichte“ zur „neuen Sozialgeschichte“.

10 Georg G. Iggers, *Die deutschen Historiker in der Emigration*, in: Bernd Faulenbach, Hg., *Geschichtswissenschaft in Deutschland*, München 1974, 97–111, 181–183; Peter T. Walther, *Von Meinecke zu Beard? In die USA emigrierte Neuzeithistoriker*, Ph.D. Diss., State University of New York at Buffalo, 1989.

11 Walther, *Von Meinecke zu Beard*, wie Anm. 10.

12 Walter Frank, *Kämpfende Wissenschaft*, Hamburg 1934.

der preußischen Schule nach der gescheiterten 1848er Revolution bis in die Zeit nach 1945 wurde die deutsche Geschichtswissenschaft von einer Orthodoxie beherrscht, die sich politisch und methodologisch festlegte: politisch auf die Bismarcksche obrigkeitliche Lösung der deutschen Frage, methodologisch auf eine Geschichtsschreibung, die soziale und ökonomische Phänomene vom Standpunkt des Obrigkeitsstaates betrachtete.<sup>13</sup> Es gelang der deutschen Professorenschaft in diesen hundert Jahren, politisch oder methodologisch andersdenkende Historiker wie Georg Gervinus, Karl Lamprecht, Veit Valentin und Eckart Kehr zu isolieren oder ganz auszuschalten.<sup>14</sup> 1933 brachte dann die Vertreibung der wenigen kritischen Historiker, von denen keiner nach 1945 für immer zurückkehrte. Die deutsche Geschichtswissenschaft, die im 19. Jahrhundert eine führende Rolle in der Modernisierung von Geschichtsforschung und -lehre gespielt hatte, isolierte sich zunehmend von der internationalen geistigen Diskussion. Daran änderte sich in den 1950er Jahren wenig. Die konservative Konzeption eines christlichen Abendlandes an den katholischen Universitäten bildete die wichtigste Alternative zu der nationalkonservativen Schule.<sup>15</sup> Die Konfrontation mit der jüngsten Vergangenheit war noch weitgehend auf das Institut für Zeitgeschichte und auf die systemanalytischen Arbeiten von Karl Dietrich Bracher beschränkt<sup>16</sup>, wobei betont werden muß, daß Bracher einen Lehrstuhl für Politologie und nicht für Geschichte innehatte.

Die 1960er Jahre waren in dieser Hinsicht für die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik entscheidend, weil sie bei der jüngeren Generation zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen politischen und, eng damit verbunden, historiographischen Tradition führten.<sup>17</sup> Im Zentrum stand der Ver-

13 Georg G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart*, 3. Aufl., München 1976; Wolfgang Weber, *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970*, Frankfurt am Main 1985.

14 Hans Schleier, *Die bürgerliche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, Berlin (Ost) 1975.

15 Schulze, *Geschichtswissenschaft*, wie Anm. 8, Kap. 15: Der „Arbeitskreis christlicher Historiker“.

16 Karl-Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen 1955.

17 Hans-Ulrich Wehler, *Geschichtswissenschaft heute*, in: Jürgen Habermas, Hg., *Stichworte zur geistigen Situation der Zeit*, Bd. 2, Frankfurt am Main 1979, 709–753; Georg G. Iggers,

such, die nationalsozialistische Herrschaft in all ihren Aspekten im Zusammenhang mit der deutschen Vergangenheit zu verstehen. Im Laufe dieser Selbstprüfung der Zunft, dem Ende des Muffs der Adenauerzeit und dem Ausbau des Hochschulsystems mit hunderten von neuen Stellen, kam es in der Bundesrepublik zu einem politischen und methodologischen Pluralismus und zunehmender Beteiligung an der internationalen Diskussion. Das enge Verhältnis zwischen der Geschichtsforschung und den verschiedenen Sozial- und Humanwissenschaften empirischer, marxistischer und Weberscher Art wurde ernstgenommen. Die neue kritische Orientierung bekannte sich deutlich zur Demokratie westeuropäischen Stils und brach mit dem Obrigkeitsdenken des herkömmlichen Nationalismus.

Diese Entwicklung konnte unter den Machtverhältnissen in der DDR offensichtlich nicht stattfinden. Dennoch darf man die Jahre zwischen 1945 oder 1949 und 1989/90 keineswegs statisch oder monolithisch sehen. Drei Perioden in der Entwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR lassen sich unterscheiden: In den ersten Jahren nach 1945 bestand noch eine bestimmte Vielfalt an den Universitäten in der SBZ bzw. der DDR, die dadurch zustande kam, daß noch „bürgerliche“ Historiker vertreten waren, aber auch weil kommunistische Intellektuelle, die aus der Emigration, meistens der Westemigration, zurückkamen, ähnlich wie viele nichtmarxistische deutsche Emigranten, den Nationalismus als das Resultat einer Fehlentwicklung sahen, eines deutschen Sonderweges, der zur Abkehr von den demokratischen Traditionen des Westens geführt habe. Diese als „Misere“-Orientierung gescholtene Richtung wurde aber sehr bald durch eine betont nationale Interpretation der deutschen Geschichte ersetzt.<sup>18</sup> In dieser Verbindung von Nationalismus und Marxismus-Leninismus verschwand die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, einschließlich des Nationalsozialismus. Im Rahmen des Kalten Krieges wurde die Geschichtswissenschaft zur Polemik gegen die bundesdeutsche Historiographie aufgerufen. Die provinzielle Konzentration auf die nationale Geschichte war noch betonter als in der Bundesrepublik. Die deutsche Geschichte wurde jetzt pauschal in reaktionäre und progressive Tendenzen, Institutionen und Individuen aufge-

Introduction, in: ders., Hg., *The Social History of Politics. Critical Perspectives in West German Historical Writing Since 1945*, Leamington Spa 1985, 1–48.

<sup>18</sup> Vgl. Heydemann, *Geschichtswissenschaft*, wie Anm. 7; Fischer und Heydemann, *Geschichtswissenschaft*, wie Anm. 7; Andreas Dorpalen, *German History in Marxist Perspective. The East German Approach*, Detroit 1985.

teilt, wobei diese in der DDR, jene in der Bundesrepublik verkörpert seien. Der Nationalsozialismus wurde dagegen entnationalisiert, mit dem Faschismus als internationalem Phänomen gleichgesetzt und nach der Dimitroffschen Formel als Funktion des Monopolkapitalismus verstanden.<sup>19</sup> Eine solche Formulierung verhindert jede empirische Untersuchung der Massenbasis des Nationalsozialismus und marginalisiert Antisemitismus und Genozid. Die einseitige Art, in der nationalkonservative Historiker wie Gerhard Ritter und Hans Rothfels in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren den Widerstand gegen Hitler mit dem Aufstand der Offiziere und Adligen am 20. Juli 1944 identifizierten<sup>20</sup>, hat sein Gegenstück in der Mythenbildung eines geschlossenen kommunistischen Arbeiterwiderstandes. Die offizielle Interpretation des Marxismus-Leninismus, mit seiner Betonung der Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte und seiner engen Definition von Klassengegensätzen, engte die Forschung ein und bestimmte die Resultate dieser Forschung oft – und für die Geschichte nach 1917 fast immer – im voraus. Andererseits leiteten diese Fragestellungen, wie Andreas Dorpalen in seiner monumentalen Untersuchung der Geschichtswissenschaft der DDR gezeigt hat<sup>21</sup>, Forschungen über Aspekte des Lebens der breiten Bevölkerung und oppositioneller politischer Bewegungen, die in der westlichen Forschung zu dieser Zeit vernachlässigt worden sind, an. Zu einer Geschichte des Alltags konnte es aber nicht kommen, solange die Arbeiterklasse im Leninschen Sinn im Rahmen der institutionalisierten Bewegung der Partei und der Parteiführung verstanden wurde.

Ab 1970, dem Beginn der Ära Honecker, der mit den Ostverträgen zusammenfällt, die die internationale Lage der DDR stabilisierten, kann man m.E. von einer dritten Periode in der Geschichtswissenschaft der DDR sprechen. Sehr langsam und sehr begrenzt setzte eine neue Offenheit ein. Das Verhältnis zum Westen, einschließlich der Bundesrepublik, veränderte sich. Die DDR suchte

19 Vgl. Werner Berthold u.a., *Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD*, Berlin (Ost) 1977, 334. Zu späteren Abhandlungen über den Faschismus, die diese Interpretation modifizieren, ohne aber die obige Definition in Frage zu stellen, vgl. Dietrich Eichholtz u. Kurt Gossweiler, *Faschismus-Forschung*, Berlin (Ost) 1980; Joachim Petzold, *Die Demagogie des Hitler-Faschismus*, Berlin (Ost) 1983; Kurt Gossweiler, *Aufsätze zum Faschismus*, 2 Bde, Berlin (Ost), 1988.

20 Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1955; Hans Rothfels, *The German Opposition to Hitler. An Assessment*, Chicago 1947.

21 Dorpalen, *History*, wie Anm. 18.

internationale Anerkennung und war dadurch gezwungen, größeren Wert auf allgemein anerkannte Maßstäbe wissenschaftlicher Arbeit zu legen. Die reine Polemik, die noch in den siebziger Jahren in den beiden Versionen des Bandes „Die unbewältigte Vergangenheit“<sup>22</sup> (1970 und 1977) das Verhältnis zur westdeutschen Geschichtswissenschaft bestimmt hatte, wich in den späten siebziger Jahren der Bereitschaft zur kontrollierten Diskussion. Die neue Beschäftigung mit „Erbe und Tradition“<sup>23</sup> der Deutschen erweiterte das Spektrum historischer Forschungsmöglichkeiten, diente aber gleichzeitig ganz bewußt politischen Zwecken, die einer wirklich offenen und sachlichen Diskussion wieder Grenzen setzten. Nun sollte die Geschichtswissenschaft der ganzen deutschen Vergangenheit Gerechtigkeit zukommen lassen, soweit dadurch für das nationale Legitimationsbedürfnis von Partei und Staat verwertbare Traditionen (zusätzlich zu der bereits bestehenden klassenkämpferischen Legitimation) entwickelt werden konnten. Die neue Orientierung entsprach aber keineswegs jener neuen kritischen Einstellung zur Geschichte, von der ich für die Bundesrepublik in den sechziger Jahren gesprochen habe. Dennoch: Einige Themen wurden jetzt mit größerer Ehrlichkeit behandelt. Obwohl die Arbeiten der siebziger Jahre von Kurt Paetzold<sup>24</sup>, Joachim Petzold<sup>25</sup> und Kurt Gossweiler<sup>26</sup> die These, daß der Faschismus eine Funktion des Monopolkapitalismus gewesen sei, weiter aufrechterhielten, wurde doch anerkannt, daß diese These nicht ausreicht, die Massenbasis des Nationalsozialismus zu erklären. Die Beschäftigung mit der Verfolgung und Vernichtung der Juden, die in der Belletristik schon in den sechziger Jahren begonnen hatte, begann langsam in den siebziger Jahren, und leitete eine verspätete und immer noch begrenzte Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit ein. Auch das Thema des antinazistischen Widerstan-

22 Werner Berthold, Gerhard Lozek, Helmut Meier u. Walter Schmidt, Hg., Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch, Berlin (Ost) 1970; eine überarbeitete Ausgabe mit demselben Herausgebergremium und zusätzlich Heinz Heitzer erschien unter dem Titel: Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der DDR, Berlin (Ost) 1977. Vgl. auch Anm. 19.

23 Helmut Meier u. Walter Schmidt, Hg., Erbe und Tradition. Die Diskussion der Historiker, Berlin (Ost) 1988.

24 Kurt Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus, Berlin (Ost) 1975.

25 Petzold, Demagogie, wie Anm. 19.

26 Gossweiler, Aufsätze, wie Anm. 19.

des wurde allmählich offener und ehrlicher angesprochen. Ein Austausch mit der internationalen Forschung war jetzt möglich. Das Interesse für Max Weber zeigte den Willen, den engstirnigen Dogmatismus und die komplette Verurteilung dieses Soziologen zu durchbrechen und Anschluß an die Welt zu finden.<sup>27</sup>

Doch steckte hinter der neuen Offenheit auch eine zentral von der Partei und dem Rat für Geschichtswissenschaft gesteuerte Intention, die DDR historisch, und das bedeutet hier: national als Erbe der besseren deutschen Traditionen im Gegensatz zur Bundesrepublik, zu legitimieren. Der Gegensatz zwischen dieser neuen Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit und der kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte in der Bundesrepublik in diesen Jahren ist frappant. Während die Bielefelder Gruppe die preußische Geschichte vom Standpunkt einer verhinderten Entwicklung zur Demokratie durchleuchtete, werteten die Historiker in der DDR Preußen auf. Diese Aufwertung entspricht dem autoritären Charakter der DDR. Symptomatisch für diese Wiederbelebung des nationalen Erbes war die Rückkehr der Statue Friedrichs II. zu ihrem alten Standort Unter den Linden. Die Bismarcksche Reichsgründung wurde als historisch notwendig und fortschrittlich begrüßt, ohne ihre undemokratischen Aspekte genügend zu beachten. Fichte, Jahn und Arndt wurden unkritisch als Begründer einer deutschen Nationalbewegung verehrt, ohne die völkischen und hypernationalen Elemente ihres Denkens ernstlich in Betracht zu ziehen.<sup>28</sup> Auch methodisch kehrte die DDR-Geschichtsschreibung zu älteren historistischen Mustern einer erzählenden Geschichte, die große Persönlichkeiten in den Mittelpunkt stellt, zurück. Es fehlte die Verbindung von politischer Geschichte und sozialer Analyse, die in der neuen kritischen Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik eine bedeutende Rolle spielt und die man von einer marxistischen Geschichtsschreibung erwarten würde. Symptomatisch für diese Rückkehr zu einer traditionell nationalen Geschichte ist Ernst Engelbergs Bismarck-Biographie.<sup>29</sup> Es ist bemerkenswert, daß beide Bände dieses Doyens der DDR-Historiker gleichzeitig im Akademie

27 Friedrich Hauer u. Wolfgang Küttler, Hg., Max Weber, Rationalisierung – entzauberte Welt. Schriften zu Geschichte und Soziologie, Leipzig 1989; vgl. auch Wolfgang Küttler, Hg., Marxistische Typenbildung und idealtypische Methode in der Geschichtswissenschaft, Berlin (Ost) 1986.

28 Horst Bartels u.a., Hg., Deutsche Geschichte in 12 Bänden, Berlin (Ost) 1982 ff., hier Band 4.

29 Ernst Engelberg, Bismarck, 2 Bde., Berlin (Ost) u. Berlin (West), 1985–1990.

Verlag in Ost-Berlin und im neo-konservativen Siedler-Verlag in West-Berlin erschienen sind.

In dem politischen und institutionellen Rahmen, in dem sich Geschichtsforschung und -schreibung in der DDR vollzogen, konnte man auf den Gebieten, die die politischen Interessen von Partei und Staat direkt berührten, kaum unabhängige Interpretationen erwarten. Das schloß aber solide Archivarbeit nicht aus, und nach Mitte der siebziger Jahre erfolgte auch eine viel ehrlichere Behandlung der neueren deutschen Geschichte, als es nach den alten Schemata und der Forderung nach einer polemischen Auseinandersetzung mit der bundesdeutschen Historiographie möglich gewesen war. Trotz größerer Offenheit bestanden aber bis ans Ende die bekannten weißen Flecken in der Behandlung der KPD, der DDR und der Beziehungen beider zur Sowjetunion.<sup>30</sup> Je weiter sich Geschichtsforschung und -schreibung von der zeitgenössischen Politik entfernten, desto größer waren die Spielräume. Das trifft besonders auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu, die auf ihre Art einen bedeutenden Beitrag zur modernen Historiographie leistete.<sup>31</sup> Hier kann man ebenfalls seit Mitte der siebziger Jahre eine neue Offenheit beobachten. Aber schon seit den fünfziger Jahren lieferte die Wirtschaftsgeschichte, oder genauer gesagt die Agrargeschichte, einen beachtlichen Beitrag zur internationalen Forschung. Man würde erwarten, daß besonders auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte marxistische Voraussetzungen bis zu einem gewissen Grad sachliche Untersuchungen unterbinden würden. Das war aber keineswegs der Fall. Eine historische Zeitschrift in der DDR, die im westlichen Ausland halbwegs ernst genommen worden ist, weil sie weitgehend frei von den üblichen Schemata war, ist das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Mittels des Historischen Materialismus kann man, wenn man ihn als Methode und nicht als Geschichtsphilosophie versteht, wichtige Aspekte von Wirtschaft und Gesellschaft untersuchen. Die Wirtschaftsgeschichte, wie sie in der DDR besonders in der Agrargeschichte schon sehr früh praktiziert wurde, vermied zwei häufige Einseitigkeiten der

30 Hermann Weber, Weiße Flecken in der DDR-Geschichtsschreibung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9. März 1990, 3–15.

31 Georg G. Iggers, Einige Aspekte neuer Arbeiten in der DDR über die neuere Deutsche Geschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), 542–557; ders., Einleitung, in: ders. Hg., Ein anderer Blick auf die Geschichte. Sozialgeschichtliche Studien aus der ehemaligen DDR (Arbeitstitel), erscheint im Sommer 1991 im Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt am Main.

westlichen Wirtschaftsgeschichte: einerseits die abstrakte, quantitative Modellbildung der anglo-amerikanischen Ökonometrie, andererseits die Verengung auf Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, die noch in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren in der Tradition der Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte maßgebend war. Die marxistische Wirtschaftsgeschichte, wie sie von Jürgen Kuczynski vertreten wurde, ging von der Annahme aus, daß Wirtschaft und Gesellschaft untrennbar sind. Politik spielte dabei interessanterweise eine untergeordnete Rolle. Andererseits nahm die Wirtschaftsgeschichte, eben weil sie sich so wenig mit Politik befaßte, einen marginalen Platz in der DDR-Wissenschaft ein, und diese Randstellung ermöglichte es ihr, sich relativ frei zu bewegen. Seit Mitte der siebziger Jahre macht die Wirtschaftsgeschichte in der DDR eine Entwicklung mit, die in vieler Hinsicht jener der internationalen Forschung entspricht.<sup>32</sup>

In den späten siebziger und den achtziger Jahren wuchs unter den Wirtschafts- und Regionalhistorikern das Bewußtsein einer Rückständigkeit der Geschichtswissenschaft in der DDR im Vergleich zur westlichen Welt, einschließlich der Bundesrepublik. Jürgen Kuczynskis „Alltagsgeschichte des Deutschen Volkes“ (1980/81) hat sich keinesfalls von allen DDR-Schemata befreit, macht aber doch darauf aufmerksam, daß es der marxistischen Geschichtsschreibung in der DDR im Gegensatz zur westlichen nichtmarxistischen Historiographie nicht gelungen ist, eine Geschichte der arbeitenden Menschen zu schreiben: Man verharrte in einer elitären Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung und ihrer Kader.<sup>33</sup> Die Entwicklung zu einer analytischen Strukturgeschichte und darüber hinaus zu einer Mentalitätsgeschichte, die ein größeres Gewicht auf die Lebenserfahrungen einzelner Menschen legt, die in der westlichen Geschichtsschreibung, aber auch in Polen und Ungarn in den siebziger und achtziger Jahren stattfand, hat auch in der DDR ihre Parallelen. Die erste Phase in dieser Entwicklung fand ihren Niederschlag in den Arbeiten Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre, die weiterhin von der marxistischen These des Übergangs von der feudalen zur kapitalistischen Gesellschaft ausgehen, aber sich jetzt vornehmen, diesen Prozeß, der bis dahin abstrakt aus Marx' Stufenlehre abgeleitet wurde, empirisch zu überprüfen. Dazu gehören Arbeiten

32 Vgl. Iggers, Aspekte, wie Anm. 31.

33 Jürgen Kuczynski, Vorbemerkung, in: *Alltagsgeschichte des Deutschen Volkes*, Berlin (Ost) 1980-81, Studien 1, 12-15.

sehr verschiedener Art. Das von Volkskundlern und Wirtschaftshistorikern unternommene große Projekt über Kultur und Lebensweise in der Magdeburger Börde im Übergang zum Kapitalismus häufte quantitative und qualitative Informationen über ökonomische, soziale und kulturelle Strukturen.<sup>34</sup>

Hartmut Harnisch<sup>35</sup> und Hans-Heinrich Müller<sup>36</sup> untersuchten den Wandel der Mentalitäten, der den Übergang zu einer modernen kapitalistischen Agrarwirtschaft unter Bauern und Unternehmern in Ostelbien begleitet. Hartmut Zwahr endlich 1978 veröffentlichte, aber schon 1974 abgeschlossene Untersuchung über die Konstituierung des Leipziger Proletariats<sup>37</sup> war die erste Arbeit dieser Art, die auf Massendaten beruhte und in ihrer Analyse der Patenwahl von rein strukturellen auf soziokulturelle Aspekte überging. Zwahr legte dann in seinem 1982 in Leipzig gegründeten Arbeitskreis<sup>38</sup> die institutionelle Grundlage zu einer modernen Sozialgeschichte, die sich auch langsam so nennt,

34 Zur Magdeburger Börde vgl. Hans-Jürgen Rach, Bauernhaus, Landarbeiterkaten und Schnitterkasernen: Zur Geschichte von Bauen und Wohnen in der Magdeburger Börde des 19. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1974; ders. u. Bernhard Weissel, Landwirtschaft und Kapitalismus: Zur Entwicklung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Magdeburger Börde vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des 1. Weltkrieges, Berlin (Ost) 1978-79; Hainer Plaul, Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert, Berlin (Ost) 1979; Hans-Jürgen Rach u. Bernhard Weissel, Hg., Bauern und Landarbeiter im Kapitalismus in der Magdeburger Börde, Berlin (Ost) 1982. Zu Kursachsen vgl. Bernd Schöne, Kultur und Lebensweise Lausitzer Bandweber, Berlin (Ost) 1977; Rudolf Weinhold, Hg., Volksleben zwischen Zunft und Fabrik, Berlin (Ost), 1982. Vgl. die Abschnitte über Vereinswesen und Sprache in Hans-Jürgen Rach u. Bernhard Weissel, Hg., Bauern und Landarbeiter im Kapitalismus in der Magdeburger Börde. Zur Geschichte des dörflichen Alltags vom Ausgang des 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Berlin (Ost) 1982.

35 Hartmut Harnisch, Kapitalistische Agrarreform und industrielle Revolution. Agrarhistorische Untersuchung über das ostelbische Preußen zwischen Spätfeudalismus und bürgerlich-demokratischer Revolution 1848/49 unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Brandenburg, Berlin (Ost) 1984.

36 Hans-Heinrich Müller, Akademien und Wissenschaft im 18. Jahrhundert. Agrarökonomische Preisaufgaben und Preisschriften der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin (Ost) 1975.

37 Hartmut Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchungen über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin (Ost) 1978.

38 Der Kreis nannte sich ursprünglich „Arbeitskreis Klassenentwicklung und bürgerliche Umwälzung“, um den Begriff „Sozialgeschichte“ zu vermeiden, wurde dann aber zunehmend als „Arbeitskreis für Sozialgeschichte“ bezeichnet.

obwohl der Begriff Sozialgeschichte vom Standpunkt des Historischen Materialismus bis Mitte der achtziger Jahre verpönt war.<sup>39</sup> Helga Schultz unternahm in ihrer Studie über Berlin 1650–1850<sup>40</sup> den Versuch, eine, wie sie es nennt, moderne marxistische Sozialgeschichte zu schaffen, die empirisch mit Hilfe von Massendaten vorgeht und sich ganz bewußt an der westlichen, nichtmarxistischen Sozialgeschichte, darunter vor allem an der Historischen Demographie, orientiert.

In den späten siebziger und in den achtziger Jahren vollzog sich in den westlichen Ländern und auch in der Bundesrepublik eine partielle Wende weg von einer makrohistorischen Sozial- und Strukturgeschichte hin zu einer mikrohistorischen Kultur- und Alltagsgeschichte, die zunehmend existentielle Lebenserfahrungen in den Mittelpunkt stellt. Diese neue Form der Sozialgeschichte, wie sie in der Arbeitergeschichte von Edward P. Thompson, Herbert Gutman und Michelle Perrot und in der Frauengeschichte von Natalie Z. Davis und Joan Scott praktiziert worden ist, räumt Bewußtsein und Kultur eine kreative Rolle in der Gestaltung der sozialen Beziehungen ein. Der sozioökonomische Determinismus, der die Strukturgeschichte Marxscher, Weberscher oder Fogelscher Art bestimmt hat, wird jetzt durch neue Ansätze, die die Subjekte als Akteure des sozialen Geschehens stärker betonen, in Frage gestellt. Interessanterweise sind es in der DDR in erster Linie die Wirtschaftshistoriker, wie Jan Peters in seinen Untersuchungen über das Wechselverhältnis von Religion und Gesellschaft<sup>41</sup>, die sich den Methoden einer Mentalitätsgeschichte annähern. Besonders Peters<sup>42</sup> und Harald Dehne<sup>43</sup> machen ihre Kollegen auf die neuen Fragestellungen und Methoden der westlichen Kulturgeschichte aufmerksam.

39 Vgl. z.B. Konrad Irmschler u. Gerhard Lozek, Historismus und Sozialgeschichte in der gegenwärtigen bürgerlichen Geschichtsschreibung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 27 (1979), 193–208.

40 Helga Schultz, Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz, Berlin (Ost) 1987.

41 Jan Peters, Der Platz in der Kirche. Über feudales Rangdenken im Spätfudalismus, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte 28 (1985), 77–106, sowie ders., Sonntagsverbrecher in Schwedisch-Pommern. Zur bäuerlichen Belastbarkeit durch Arbeitsrente, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1982), T. 4, 89–113.

42 Jan Peters, Alltag im Aufbau. Überlegungen zum Artikel von Harald Dehne „Aller Tage Leben“, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte 30 (1987), 185–188; ders., Das Angebot der ‚Annales‘ und das Beispiel Le Roy Ladurie. Nachdenkenswertes über französische Sozialgeschichtsforschung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1989), T. 1, 139–159.

43 Harald Dehne, Aller Tage Leben. Zu neuen Forschungsansätzen im Beziehungsfeld von

Kultur wird hier nicht im makrohistorischen Sinne von Karl Lamprecht und Kurt Breysig, sondern im Sinne der neueren Kulturanthropologie von Pierre Bourdieu, Clifford Geertz und Marshall Sahlins gedeutet. Diese neue Alltagsgeschichte ist allerdings bis jetzt in der ehemaligen DDR noch kaum von programmatischen Aufsätzen in konkrete Geschichtsschreibung übersetzt worden.

Abschließend stellt sich offensichtlich gegenwärtig die Frage, wie es mit den Historikern und Historikerinnen der ehemaligen DDR weitergehen soll. Auf politischer Ebene blieben die Historiker und Historikerinnen in der DDR bis zum letzten Moment systemkonform. Es gab nichts, das der politischen Unabhängigkeit der Dissidenten unter den Historikern in anderen sozialistischen Ländern, einschließlich der UdSSR, entsprochen hätte. Wie wir sahen, gab es allerdings auf der methodischen Ebene in den 1970er und 1980er Jahren auch in der DDR eine zunehmende Bewegung weg von den dogmatischen Positionen eines offiziellen und offiziösen Historischen Materialismus und hin zu einer Öffnung gegenüber der internationalen Diskussion, besonders auf dem Gebiet der Sozialgeschichte. Der 9. November 1989 war daher keine absolute Stunde Null für die Geschichtswissenschaft der DDR. Ein Teil der Historiker hatte schon den Anschluß an die internationale Forschung gefunden. Allerdings konnte erst jetzt die völlige Befreiung von dem bis dahin oktroyierten Sprach- und Argumentationscode erfolgen. Der Bruch ist heute viel größer, als er 1945 gewesen ist. Aber daß er heute so deutlich ausfällt, hat keine absolut negative Bedeutung. Die Reintegration der Historiker konnte 1945 so problemlos geschehen, weil die Distanz zwischen den Historikern, die dem NS-Regime gedient hatten, und denen, die sich zurechtgefunden hatten und im Nachkriegs-Westdeutschland die Mehrheit ausmachten, relativ gering war. Der Durchbruch zu einer demokratisch gesinnten, pluralistischen Geschichtswissenschaft erfolgte in der Bundesrepublik erst in den sechziger Jahren, in der DDR wurde er bis zum Ende der SED-Herrschaft verhindert. Der 1990 gegründete Unabhängige Historikerverband hat vollkommen recht, daß für diejenigen, die an den leitenden Stellen der historischen Institute die Denk- und Arbeitsstrukturen bestimmt haben, kein Platz in einer demokratisch rekonstituierten Wissenschaftslandschaft ist. Ob aber alle, die in den Akademie-Instituten und Hochschulen geforscht und

Alltag, Lebensweise und Kultur der Arbeiterklasse, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte 28 (1985), 9–48; ders., Dem Alltag ein Stück näher?, in: Alf Lüdtke, Hg., Alltagsgeschichte, Frankfurt am Main 1989, 137–168.

gelehrt haben, von diesem Bann betroffen sein sollen, ist eine andere Sache. Innerhalb der Historikerschaft der DDR hat es doch viele gegeben, die, wenn auch innerhalb der erzwungenen Sprachregelungen, solide und ehrlich gearbeitet haben. Und diese Sprachregelungen sind im Laufe der achtziger Jahre zunehmend weniger befolgt worden. Wie man heute noch in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft und den Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung sehen kann, bestehen alte Denkstrukturen weiter. Aber ich habe von meiner eigenen Kenntnis der Kollegen in der DDR doch den Eindruck, daß der weit größere Teil den Überzeugungen einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft viel näher steht, als es wohl 1945 in beiden Teilen des geteilten Deutschlands der Fall gewesen ist. Man muß daher hoffen, daß viele der Historiker und Historikerinnen in die wissenschaftlichen Institutionen der neuen Bundesrepublik integriert werden können.